- 17. Herr Volker Große
- 18. Frau Judith Keuter

Amt 61
Amt 68

- **Schriftführer**

- 19. Herr Ulrich Schmitz

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:.....		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	3
2.	Verpflichtung von Beiratsmitgliedern	3
3.	Bericht des Vorsitzenden	4
3.1.	Bericht der UNB zu den Beteiligungen zwischen den Sitzungen gem. § 70 Abs. 7 LNatSchG NRW Vorlage: 68/0706/XVII/2021.....	4
4.	Befreiungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG	4
4.1.	Sanierung und Neuanlage von Betriebswegen zwischen der Pumpstation Oberbach und dem Klärwerk Düsseldorf-Nord Vorlage: 68/0713/XVII/2021	4
4.2.	Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung (Bl. 4123) durch Neubau und Abzweig "Birkenhof-UA Gellep" sowie Anpassung der bestehenden 110-/220-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath-Huckingen Vorlage: 61/0744/XVII/2021	5
5.	Grundsätzliche Entscheidungen des Naturschutzbeirates zum Widerspruchsrecht gem. § 75 Abs. 1 LNatSchG NRW Vorlage: 68/0692/XVII/2021	6
6.	Mitteilungen	7
7.	Anfragen.....	8

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Frau Dr. Wahode begrüßte alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Naturschutzbeirates. Sie entschuldigte den urlaubsbedingt abwesenden Vorsitzenden Norbert Grimbach sowie die Beiratsmitglieder Dr. Barbara von Meer, Susanne Lechner und Horst Hübinger.

Frau Dr. Wahode stellte die ordnungsgemäße Einladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Naturschutzbeirates fest.

2. Verpflichtung von Beiratsmitgliedern

Protokoll:

Frau Dr. Wahode verpflichtete die Mitglieder des Naturschutzbeirates Ulrich Bachmann, Gernot Göbert und Karl Schütz unter Verlesung folgender Verpflichtungsformel:

Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Rhein-Kreises Neuss erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe).

Die Anwesenden erhoben sich aus Anlass der Verpflichtung von ihren Plätzen. Die verpflichteten Mitglieder des Beirates bekundeten ihre Zustimmung durch Unterzeichnung einer Ausfertigung der Verpflichtungsformel vor dem Schriftführer.

3. Bericht des Vorsitzenden

3.1. Bericht der UNB zu den Beteiligungen zwischen den Sitzungen gem. § 70 Abs. 7 LNatSchG NRW Vorlage: 68/0706/XVII/2021

Protokoll:

Frau Dr. Wahode verwies auf den der Einladung beigefügten Bericht der Unteren Naturschutzbehörde über Abstimmungen mit dem Beiratsvorsitzenden zwischen den Sitzungsterminen.

Herr Schmitz beantwortete verschiedene Nachfragen zu den einzelnen Punkten.

4. Befreiungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG

4.1. Sanierung und Neuanlage von Betriebswegen zwischen der Pumpstation Oberbach und dem Klärwerk Düsseldorf-Nord Vorlage: 68/0713/XVII/2021

Protokoll:

Frau Dr. Wahode verwies auf die Vorlage der Verwaltung und erläuterte nochmals die Inhalte der Planung im Bereich der betroffenen Schutzgebiete. Das Projekt sei im Hinblick auf die damit verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft beurteilt worden. Eine ausführliche Artenschutzprüfung und eine FFH-Vorprüfung liege ebenfalls vor.

Herr Bolz merkte zum Aufbau der Unterhaltungswege an, dass an Stelle der Wiederverfüllung des Oberbodens zwischen den Fahrspuren und an deren Rand eine stärkere Ausmagerung des Bodens angestrebt werden solle. Bei Verwendung eines Gemisches mit Kies und Sand könne Niederschlagswasser besser versickern. Durch ein solches nährstoffarmes Substrat könne ein Beitrag zur Förderung von artenreichen Blühstreifen entstehen.

Frau Dr. Wahode wies darauf hin, dass auch in dem Fall die Befahrbarkeit des Weges im Sinne seiner Funktion gegeben sein müsse.

Herr Schmitz sagte zu, diese Anregung an die Stadt Meerbusch weiterzugeben.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt lagen nicht vor.

Beschluss:

Der Naturschutzbeirat erhebt keinen Widerspruch gegen die Gewährung von Befreiung gem. § 67 Abs. 1 Ziff. 1 BNatSchG für die Sanierung und Neuanlage von Betriebswegen entlang der Freigefälleleitung zwischen der Pumpstation Oberbach und dem Klärwerk Düsseldorf-Nord sowie den optionalen Einzug von Druckleitungen in die Abwasserleitung entsprechend der vorgelegten Planung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig ohne Stimmenthaltungen.

**4.2. Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung (Bl. 4123) durch Neubau und Abzweig "Birkenhof-UA Gellep" sowie Anpassung der bestehenden 110-/220-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath-Huckingen
Vorlage: 61/0744/XVII/2021**

Protokoll:

Frau Dr. Wahode erläuterte, dass nur ein sehr geringer Teil des Gesamtprojektes das Gebiet des Rhein-Kreises Neuss berühre. Hier gehe es um zwei Maststandorte.

Herr Große ergänzte, dass die Zulassung durch ein Planfeststellungsverfahren der Bezirksregierung Düsseldorf erfolge. Im Rhein-Kreis Neuss liege die Trasse auf Ackerflächen. Eine Leitung werde zu zwei vorhandenen Leitungen hinzugebaut. Hierbei werde ein Maststandort erneuert, ein zweiter werde dazukommen.

Auf Nachfrage von Frau Arndt erläuterte er, dass es für das Gesamtvorhaben eine Eingriffs-/Ausgleichs-Bilanzierung mit Maßnahmen zur Kompensation gebe, ebenso eine Artenschutzprüfung. Man habe diese nachvollzogen und für schlüssig befunden.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt lagen nicht vor.

Beschluss:

Der Naturschutzbeirat des Rhein-Kreises Neuss erhebt keine Bedenken gegen die Erteilung der Befreiung des Vorhabens „380-KV-Höchstspannungsfreileitung, Birkenhof-UA Gellep“ gem. § 67 BNatSchG von den Verbotstatbeständen zum LSG 6.2.2.3 des Landschaftsplans III - Meerbusch/ Kaarst/Korschenbroich des Rhein-Kreis Neuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig ohne Stimmenthaltungen.

5. Grundsätzliche Entscheidungen des Naturschutzbeirates zum Widerspruchsrecht gem. § 75 Abs. 1 LNatSchG NRW
Vorlage: 68/0692/XVII/2021

Protokoll:

Frau Dr. Wahode erläuterte nochmals die Regelungen des Landesnaturschutzgesetzes zur Beteiligung des Naturschutzbeirates. Das Gesetz liege allen Beiratsmitgliedern vor. Bereits 2019 habe man sich darauf verständigt, dass eine Beteiligung des Naturschutzbeirates zu verschiedenen Vorhaben bis auf Widerruf nicht mehr erforderlich sei. Diese seien in der Vorlage angegeben. Die Untere Naturschutzbehörde schlage jetzt vor, diese grundsätzliche Regelung auf weitere Vorhaben auszudehnen. Ihr persönlich sei der Punkt des kurzfristigen Betretens von Schutzgebieten für Filmaufnahmen aufgefallen.

Herr Schmitz erklärte, dass es sich in diesem Fall tatsächlich um das punktuelle Betreten von Schutzgebieten entgegen einem Betretungsverbot handele. In verschiedenen Fällen in der Vergangenheit sei hierfür aufgrund der kurzen Fristen bereits Befreiung gewährt worden. Für die Aufnahmen seien nur kurze Zeiten unter Verwendung leichten Materials erforderlich gewesen. Schäden habe man nie feststellen müssen. Keinesfalls gemeint seien hier etwa Action-Szenen mit erheblichen Beeinträchtigungen. Die grundsätzliche Zustimmung des Beirates entbinde in diesem wie auch in den anderen Fällen nicht etwa vom Erfordernis einer Befreiung vom Betretungsverbot. Innerhalb dieser werde erforderlichenfalls im Wege von Nebenbestimmungen sichergestellt, dass keine Schäden eintreten würden. Durch diesen Bescheid könne bei Nachfragen die Berechtigung nachgewiesen werden.

Auf Nachfrage von Frau Arndt nach dem Betretungsrecht in Naturschutzgebieten zum Beispiel für die AWL Neuss zur Beseitigung von hinterlassenen Abfällen erläuterte Herr Schmitz, dass dies, wie auch im Fall von bürgerschaftlichen Aktivitäten mit gleichem Ziel unproblematisch und ohne größere Formerfordernisse auf Anfrage geregelt werden könne, da es sich hierbei um Maßnahmen im Interesse von Naturschutz und Landschaftspflege handele und auch dem Interesse der Unteren Naturschutzbehörde entspreche. Die komplexe Frage der Zuständigkeit für die Sammlung und Beseitigung von Abfällen am Rheinstrom auf Bundeseigentum sei gerade in der Klärung mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, der Bezirksregierung Düsseldorf und der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde.

Auf Nachfrage von Herrn Bolz zur Änderung von verglasten Bereichen an Gebäuden erklärte Herr Schmitz, dass auch dies erfasst sein solle. Die Frage des Vogelschutzes an Glasscheiben sei eine artenschutzrechtliche Frage und nicht originär aus den Bestimmungen für zum Beispiel Landschaftsschutzgebiete heraus zu beantworten. Dies werde außerhalb erforderlicher Befreiungen nach Artenschutzrecht geprüft. In verschiedenen Fällen großer verglaster Flächen seien Vorgaben hinsichtlich Art und Gestaltung der Scheiben gemacht worden. Auch werde in jede Zulassung, zu der die Untere Naturschutzbehörde beteiligt werde, ein artenschutzrechtlicher Hinweis zur Gefahr von Vogelschlag an Glasflächen mit Hinweisen aufgenommen. Die kreisangehörigen Unteren Bauaufsichtsbehörden seien entsprechend informiert.

Herr Mankowsky erinnerte an einen früheren Vortrag zur Gefahr von Vogelschlag an großen Glasflächen. Die damaligen Hinweise und Anregungen seien von der Verwaltung aufgegriffen worden.

Herr Kallen begrüßte, dass eine Befliegung mittels Drohnen zum Schutz von Wild vor der Mahd mit aufgenommen sei. Gleichwohl sei hier aber in jedem Fall eine Befreiung erforderlich. Im Licht des Umfangs der Flächen und der Anzahl der Befliegungen bat er um Prüfung, ob dies nicht generell geregelt werden könne. Es seien fast immer sehr enge Zeitpläne zu beachten. Denkbar sei auch eine entsprechende Unberührtheitsklausel in den Landschaftsplänen, die eine Befreiung dann nicht mehr erfordere.

Herr Schmitz betonte, dass die Untere Naturschutzbehörde bereits in der Vergangenheit statt einzelner Flächen bestimmte Räume in die Befreiung einbezogen habe. Dies werde man auch weiterhin so handhaben. Es sei eine praktikable Lösung bis zu einer möglichen Änderung der Landschaftspläne. Die Befliegungen dienten dem Schutz der Tiere. Er sei für Vorschläge der Kreisjägerschaft zur Vereinfachung im Rahmen eines Antrags dankbar.

Beschluss:

Der Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde erklärt zu den in der Vorlage der Unteren Naturschutzbehörde zur heutigen Sitzung aufgeführten Fallgestaltungen den Verzicht auf sein Widerspruchsrecht gem. § 75 Abs. 1 LNatSchG NRW für den Regelfall. Hiervon nach Umfang oder Schwere abweichende Fallgestaltungen sind dem Beirat bzw. seinem Vorsitzenden vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig ohne Stimmenthaltungen.

6. Mitteilungen

Protokoll:

Herr Schmitz wies darauf hin, dass am 08.09.2021 das Gesetz zum Schutz der Insektenvielfalt in Deutschland und zur Änderung weiterer Vorschriften verkündet worden sei. Es werde eine Mitteilung für die nächste Sitzung des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses gefertigt, die dann auch im Bürgerinfoportal des Rhein-Kreises Neuss abrufbar sei.

Frau Dr. Wahode erklärte, dass es hier um das Insektenschutzpaket gehe, welches Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes und des Pflanzenschutzrechts umfasse. Man müsse sich hiermit noch näher befassen, das das Gesetz viele Feinheiten beinhalte und oft nur schwer nachvollziehbar sei.

Herr Schütz wies darauf hin, dass Landwirte demnächst kein Glyphosat in Naturschutzgebieten anwenden dürften. Er fragte nach Quellen, um zum Beispiel die Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete usw. nachvollziehen zu können.

Frau Dr. Wahode verwies auf TIM-Online und Elwas-Web. Dort seien die Gebiete gekennzeichnet. Auch die Gewässerschutzberater der Landwirtschaftskammer seien hier genau informiert.

Herr Schmitz wies darauf hin, dass dies nicht Gegenstand dieses Gesetzes, sondern der letzten Änderung des Pflanzenschutzgesetzes und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung sei. Die angesprochenen Gebiete seien auch im Geoportal Rhein-Kreis Neuss zu erkennen seien.

7. Anfragen

Protokoll:

Herr Schmitz verwies auf eine am Sitzungstag eingegangene Anfrage von Frau Arndt. Die Beantwortung sei allerdings in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen.

Frau Arndt erklärte, dass sie auch heute keine Beantwortung erwarte. Die Ausrichtung ihrer Fragen sei dahin gehend, wann diese Punkte auf die Tagesordnung einer Beirats-sitzung genommen würden, da sie hier das Erfordernis von Befreiungen sehe. Insofern bitte Sie darum, dies zu prüfen und für eine Diskussion in der nächsten Sitzung des Beirat vorzubereiten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Frau Dr. Wahode wies auf den Termin der verlegten nächsten Sitzung des Beirates hin, die am 25.11.2021 stattfinden solle.

Sie dankte allen Anwesenden und schloss die Sitzung um 17:46 Uhr.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Juliane Wahode um 17:46 Uhr die Sitzung.

Dr. Juliane Wahode
Vorsitz

Ulrich Schmitz
Schriftführung